

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Klepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker **Dreiring-LOBECK & Co**

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 ct
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacab	per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert	per Carton 2.30 u. 5 M.

Wagen-Zarif.
 Annahme von Anzeigen bis nach 5 Uhr. Sonntags nur Morgenblätter bis nach 11 bis 12 Uhr. Für einpolige Anzeigen (ca. 8 Zeilen) 10 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf. Für zweipolige Anzeigen 20 Pf. für dreipolige 30 Pf. für vierpolige 40 Pf. für fünfpolige 50 Pf. für sechspolige 60 Pf. für siebepolige 70 Pf. für achtepolige 80 Pf. für neunepolige 90 Pf. für zehnepolige 1.00 M. für elfepolige 1.10 M. für zwölfepolige 1.20 M. für dreizehnpolige 1.30 M. für vierzehnpolige 1.40 M. für fünfzehnpolige 1.50 M. für sechzehnpolige 1.60 M. für achtzehnpolige 1.70 M. für neunzehnpolige 1.80 M. für zwanzigepolige 1.90 M. für einundzwanzigepolige 2.00 M. für zweiundzwanzigepolige 2.10 M. für dreiundzwanzigepolige 2.20 M. für vierundzwanzigepolige 2.30 M. für fünfundzwanzigepolige 2.40 M. für sechsundzwanzigepolige 2.50 M. für siebenundzwanzigepolige 2.60 M. für achtundzwanzigepolige 2.70 M. für neunundzwanzigepolige 2.80 M. für dreißigepolige 2.90 M. für einunddreißigepolige 3.00 M. für zweiunddreißigepolige 3.10 M. für dreiunddreißigepolige 3.20 M. für vierunddreißigepolige 3.30 M. für fünfunddreißigepolige 3.40 M. für sechsunddreißigepolige 3.50 M. für siebenunddreißigepolige 3.60 M. für achtunddreißigepolige 3.70 M. für neununddreißigepolige 3.80 M. für vierzigepolige 3.90 M. für einundvierzigepolige 4.00 M. für zweiundvierzigepolige 4.10 M. für dreiundvierzigepolige 4.20 M. für vierundvierzigepolige 4.30 M. für fünfundvierzigepolige 4.40 M. für sechsundvierzigepolige 4.50 M. für siebenundvierzigepolige 4.60 M. für achtundvierzigepolige 4.70 M. für neunundvierzigepolige 4.80 M. für fünfzigepolige 4.90 M. für einundfünfzigepolige 5.00 M. für zweiundfünfzigepolige 5.10 M. für dreiundfünfzigepolige 5.20 M. für vierundfünfzigepolige 5.30 M. für fünfundfünfzigepolige 5.40 M. für sechsundfünfzigepolige 5.50 M. für siebenundfünfzigepolige 5.60 M. für achtundfünfzigepolige 5.70 M. für neunundfünfzigepolige 5.80 M. für sechzigepolige 5.90 M. für einundsechzigepolige 6.00 M. für zweiundsechzigepolige 6.10 M. für dreiundsechzigepolige 6.20 M. für vierundsechzigepolige 6.30 M. für fünfundsechzigepolige 6.40 M. für sechsundsechzigepolige 6.50 M. für siebenundsechzigepolige 6.60 M. für achtundsechzigepolige 6.70 M. für neunundsechzigepolige 6.80 M. für siebenzigepolige 6.90 M. für einundsiebzigepolige 7.00 M. für zweiundsiebzigepolige 7.10 M. für dreiundsiebzigepolige 7.20 M. für vierundsiebzigepolige 7.30 M. für fünfundsiebzigepolige 7.40 M. für sechsundsiebzigepolige 7.50 M. für siebenundsiebzigepolige 7.60 M. für achtundsiebzigepolige 7.70 M. für neunundsiebzigepolige 7.80 M. für achtzigepolige 7.90 M. für einundachtzigepolige 8.00 M. für zweiundachtzigepolige 8.10 M. für dreiundachtzigepolige 8.20 M. für vierundachtzigepolige 8.30 M. für fünfundachtzigepolige 8.40 M. für sechsundachtzigepolige 8.50 M. für siebenundachtzigepolige 8.60 M. für achtundachtzigepolige 8.70 M. für neunundachtzigepolige 8.80 M. für neunzigepolige 8.90 M. für einundneunzigepolige 9.00 M. für zweiundneunzigepolige 9.10 M. für dreiundneunzigepolige 9.20 M. für vierundneunzigepolige 9.30 M. für fünfundneunzigepolige 9.40 M. für sechsundneunzigepolige 9.50 M. für siebenundneunzigepolige 9.60 M. für achtundneunzigepolige 9.70 M. für neunundneunzigepolige 9.80 M. für hundertepolige 9.90 M.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Begruß-Geld
 Die Redaktion des Dresdner Nachrichten hat die Ehre, den Herrn ... zu begrüßen ...

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Ullrichs Pianinos
 sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
 1 Pirnaische Straße 1 (am Pirnaischen Platz).

Neuheiten!
 Neuheiten!
Ebeling & Croener
 Bankstrasse 11.

Dr. Ziegelroths Sanatorium
 Krummhübel im Riesengebirge.
 Physikalisch-diätetische Behandlung.
 Speziell für Winterkuren eingerichtet.

Spezialität: Vernickeln und Schärpen von Schlittschuhen
 Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse No. 1-3, Hofgebäude. — Telephon No. 7359.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Bitterung: Nordwestwind, etwas Fäulter, zeitweise Regen und Schnee.
 Gestern Abend fand im Winterhotel eine Soiree statt, zu der Staatsminister Graf Bismarck u. Eckardt und Grafin Bismarck u. Eckardt Einladungen hatten ergehen lassen.
 Im Befinden des Dichters August Strindberg ist eine neuerliche Verschlimmerung eingetreten.
 Die Rechte haben die Republik in China endgültig abgelehnt. Juanshikai ist entschlossen, für eine verfassungsmäßige Monarchie zu kämpfen.
 Die Nationalversammlung in Hankow hat sich für die Einführung des kalendermäßigen Sonnenjahres entschieden.
 In Buenos Aires ist ein allgemeiner Ausstand der Lokomotivführer und Heizer ausgebrochen.

Schutzzoll, Sozialpolitik und nationale Verteidigung

Sind als Richtlinien der nationalgefeierten Wählerchaft für die Neuwahlen zum Reichstage von dem Berliner offiziellen Hauptorgan aufgestellt worden, unter gleichzeitiger Hervorhebung der sich daraus ergebenden zwingenden Forderung, daß die Sozialdemokratie als grundsätzliche Gegnerin dieser Forderungen und als Befürworterin der geistigen und sittlichen Güter unseres Volkes unerbittlich bekämpft werden muß. Damit ist endlich einmal von leitender Stelle ein Schritt geschehen, der wenigstens einigermaßen, wenn auch in feineswegs vorbildlicher Form, erkennen läßt, daß die Reichsregierung sich nach langem Zagen und Zaudern ihrer Pflicht der Initiative bei der bevorstehenden Entscheidung bewußt geworden ist. Bisher hatte die Regierung eine fast unbegreifliche, so gut wie vollständige Passivität gegenüber den Reichstagswahlen zur Schau getragen. Der Reichskanzler hatte sich mit einem knappen Hinweis auf den Schutz der nationalen Arbeit gelegentlich einer Reichstagsrede begnügt, und vor etwa vierzehn Tagen erging eine offizielle Verlautbarung, in der die amtliche Zurückhaltung mit der allgemeinen Mißbilligung des diesmaligen Wahlkampfes zu begründen versucht wurde. Es hieß damals, daß mangels der sonst üblichen heftigen wahlpolitischen Erregung die Parteien sich in ganz besonderem Maße auf die Werkkraft des eigenen Programms angewiesen sähen, und daß infolgedessen die Aussicht einer verhältnismäßig wenig beirrten Entscheidung der Wählerchaft bestehe. Inzwischen schelm über in der Wilhelmstraße doch die Erkenntnis aufgegangen zu sein, daß selbst die ungewöhnliche Stille der diesmaligen Wahlbewegung es nicht rechtfertigen kann, wenn die Regierung die Hände einfach tatenlos in den Schoß legt, und als Frucht dieser Ansicht ist die letzte offizielle Stellungnahme herangerufen. Eine zündende Wahlparole von einheitlicher Stoßkraft, wie sie bei den Neuwahlen im Januar 1907 vorlag, ist in den offiziellen Darlegungen, die sich mehr im Gewande einer ruhigen philosophischen Betrachtung à la Reichmann-Hollweg präsentieren, nicht enthalten, und es mag auch ohne weiteres zugegeben werden, daß eine solche gegenwärtig zu finden nach Lage der Verhältnisse kaum möglich sein wird. Das allgemeine Empfinden kann sich aber doch des Eindrucks nicht erwehren, daß die amtliche Einwirkung auf die öffentliche Meinung aus Anlaß der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage von vornherein zielbewußter und mit mehr Schwung und Nachdruck hätte organisiert und betätigt werden müssen.

In jedem Falle ist es sehr erfreulich und anerkennenswert, daß die Forderung der Weiterführung der bisherigen bewährten Wirtschaftspolitik in so bedeutsam hervorgehobener Form in den Vordergrund gestellt worden ist. Hiermit ergeht an alle nationalen Männer die Aufforderung, sich gegen die Sozialdemokratie und ihre Gefolgschaft zu wenden, die auf den Freihandel eingeschworen ist. Die Vorteile einer gemäßigten, d. h. auf das unbedingt notwendige Maß beschränkten Schutzzollpolitik sind so einleuchtend, daß die ganze böswillige parteipolitische Entstellung und Verdrehung der

Wahrheit, wie sie die Sozialdemokratie frupellos betreibt, dazu gehört, um den alle Bevölkerungsklassen erfassenden Segen eines solchen Wirtschaftssystems zu leugnen und dieses selbst in Grund und Boden zu verkehren. Die Schutzzölle liegen im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft selbst, da sie bewirken, daß die Arbeitsgelegenheit im Deutschen Reich eine für die jährlich um nahezu eine Million Köpfe steigende Bevölkerung genügend, stetige und lohnende ist. Hätten die Schutzzölle nicht diese Wirkung, so wäre es gar nicht möglich gewesen, den Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte in Deutschland zu ernähren. Das ist aber in so ausgiebigem Maße erreicht worden, daß die Auswanderung auf ein Minimum zurückgegangen ist. Es ist ein ganz einseitiges taktisches Verdrehungskunststück, wenn die Sozialdemokratie immer den alleinigen und ausschließlichen Nachdruck auf die Lebensmittelpreise legt und die falsche Ansicht zu verbreiten sucht, daß es bei der Beurteilung der Güte einer Wirtschaftspolitik lediglich darauf ankomme, ob unter ihrer Herrschaft die Lebensmittelpreise hoch oder niedrig sind. Das ist grundfalsch. In Wirklichkeit hängt die Entscheidung davon ab, ob die Bevölkerung durch das herrschende Wirtschaftssystem in die Lage versetzt wird, nicht bloß die jeweiligen, wenn auch höheren Lebensmittelpreise zu zahlen, sondern darüber hinaus noch so viel zu erübrigen, daß sowohl für einen hinreichend günstigen Stand der gesamten Lebenshaltung wie für Sparrücklagen die nötigen Mittel vorhanden sind. In den drei Jahrzehnten der deutschen Schutzpolitik, welche die sozialdemokratische „Verelendungstheorie“ gründlich ad absurdum geführt und viele Milliarden in den Sparkassen angehäuft haben, sind alle die genannten Bedingungen eines wirtschaftlichen Wohlbestehens der Arbeiterschaft glänzend erfüllt worden, der allgemeine nationale Wohlstand hat auf allen Gebieten mächtigen Aufschwung genommen, und es darf daher kein wahrhaft nationalgefeinnter Wähler bei den Neuwahlen durch seine Stimme eine Parteikonfession begünstigen, die den Schutz unserer nationalen Arbeit in Gefahr bringt. Unsere wirtschaftliche Rüstung muß genau so unverfehrt erhalten werden, wie unsere militärische, und es ist gewiß nicht Zufall, sondern ein wohlüberlegter Hinweis auf künftige Möglichkeiten, wenn in der offiziellen Kundgebung ausdrücklich von der „Weiterführung“, also nicht bloß Aufrechterhaltung der Schutzpolitik gesprochen wird. Wir müssen damit rechnen, daß unsere konkurrierenden Staaten ihre Zollmauern noch weiter verhären, und dann würde auch uns nichts übrig bleiben als die Verschärfung unserer Abwehrwaffen durch entsprechende Abänderung der Bestimmungen über die Kampfszölle, die dann in Kraft treten, wenn eine Einigung in Güte auf dem Wege eines gegenseitigen Zugeständnisse enthaltenden Handelsvertrages nicht erzielt werden kann.

In enger Abhängigkeit von der Wirtschaftspolitik befindet sich die Sozialpolitik, deren Durchführung ohne die gesicherte finanzielle Grundlage, wie sie durch die Schutzpolitik gewährleistet wird, überhaupt nicht möglich wäre.

Auch in diesem Punkte vollzieht die Regierung eine unzweifelhafte Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, gegen deren Widerstand auf der ganzen Linie die Sozialgesetzgebung zustande gekommen ist. Die Ruhe und Besonnenheit in der Fortführung der Sozialpolitik, die offiziell betont wird, ist besonders zu unterstreichen. Gerade in diesem Punkte gehen die Interessen auf der rechten und der linken Seite völlig Hand in Hand, da auch die dem Liberalismus zunehmenden industriellen Kreise keinerlei Hehl daraus machen, daß sie das früher übliche überstürzte Tempo bei der Schaffung sozialer Gesetze und das agitatorische Weiterrufen im Reichstage, wie es von den radikalen Parteien, aber auch vom Zentrum mit der Einbringung der unwahrscheinlichsten sozialpolitischen Anträge betrieben wird, gründlich satt haben.

Wenn zuletzt, aber nicht am wenigsten, in der offiziellen Kundgebung die ungeschwächte Aufrechterhaltung und ein fester, der Weltlage angemessener Ausbau unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande betont wird, so darf ein solcher patriotischer Appell heute auf allen Seiten, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, auf die größte Opferwilligkeit rechnen, je klarer die jüngsten Ereignisse in der hohen Politik herausgestellt haben, daß wir rings von gefährlichen Feinden umdrängt sind, die jeden Augenblick

bereit sind, über uns herzufallen, und die nur unter scharfem Schwert im Saume zu halten vermag. Das patriotische Gewissen verlangt von jedem Wähler, dem überhaupt noch die angeborene Gabe der selbständigen Entscheidung gegenüber der Partei des Umsturzes zu Gebote steht, als oberste Pflicht, daß er nur einem solchen Kandidaten seine Stimme gibt, der im Punkte der nationalen Verteidigung zu jedem im Interesse der Sicherheit des Reiches notwendigen Opfer bedingungslos bereit ist. Unsere schirmende Wehr darf auch nicht den geringsten Rostflecken aufweisen; unser Wahlspruch muß der des großen Kurfürsten sein: „Wer Gott vertraut und seine um sich hat, der hat auf keinen Sand gebaut.“

Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und ihre indirekte Genossenschaft hätte immerhin in dem offiziellen Wahllappell noch scharfer herausgemischt werden können. Wenn auch bei den diesmaligen Wahlen der einheitliche, zündende Leitgedanke fehlt, der die Neuwahlen von 1907 beherzichte, so kann doch darüber nicht der geringste Zweifel obwalten, daß die Notwendigkeit eines geschlossenen Kampfes aller bürgerlichen Elemente gegen die Umsturzpartei auch jetzt wieder aller innerpolitischen Weisheit letzter Schluss ist. Wenn die Aussichten nach dieser Richtung für die Vertreter des nationalen und staatsbehaltenden Prinzips diesmal weniger günstig sind, so ist das als eine unliebliche Folge des inzwischen eingetretenen „Zuges nach links“ im Interesse der allgemeinen vaterländischen Wohlfahrt sehr zu beklagen. Immerhin bietet der scharfe Gegensatz zur Sozialdemokratie, der gerade die industriellen Kreise mit ihrem lebhaften Bedürfnis nach einem härteren Schutze der Arbeitswilligen gegen den beispiellosen sozialrevolutionären Terrorismus beherrscht, eine so harte Interessengemeinschaft zwischen rechts und links, daß begründete Hoffnung besteht, es werde wenigstens für die Stichwahlen nicht bloß zwischen Konservativen und Nationalliberalen, sondern unter Umständen auch zwischen Konservativen und Fortschrittlichen sich ein gemeinsames Vorgehen gegen die Umsturzpartei ermöglichen lassen. Die Konservativen sind bereits mit gutem Beispiel vorgegangen, indem sie die Parole ausgegeben haben, daß da, wo jetzt schon ein lokales Stichwahlabkommen zwischen Konservativen und Liberalen gegenüber der Sozialdemokratie besteht, es hierbei kein Bewenden haben soll. Wo das nicht zutrifft, da soll angestrebt werden, ein solches auf gegenseitiger voll- und gleichwertiger Verpfändung beruhendes Stichwahlabkommen zwischen den Vertretern der Parteien für weitere geeignete Fälle herbeizuführen. Wenn das Ergebnis der Hauptwahl erst vorliegt, wird wohl die verdrossene Gleichgültigkeit, die jetzt noch als Folge der allgemeinen parteipolitischen Verwirrung die Ordnungsparteien gegeneinander beherrscht und die mit dem offiziellen Ausdruck Feindschaft in ihrer psychologischen Ursache nicht ganz zureichend erfasst wird, einer größeren Regsamkeit und Empfindlichkeit gegenüber der allgemeinen sozialdemokratischen Gefahr Platz machen und den Abschluß der von konservativer Seite angeregten Stichwahlabkommen gegenüber dem inneren Feinde begünstigen.

Neueste Drahtmeldungen vom 3. Januar.

Englische Annäherungsbestrebungen.
 London. (Priv.-Tel.) Die englischen Kabinettsminister, Kriegsminister Balfour, Kolonialminister Kitchener, erster Admiralsminister Mac Arthur, Handelsminister Burton, der Unterstaatssekretär und der Generalstaatssekretär haben an den Staatssekretär der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Genen, in denen sie sich in warmer Weise für eine anfrichtige und dauernde Annäherungspolitik gegenüber Deutschland ausgesprochen. Lord Balfour sagte, er hoffe und glaube, daß in Zukunft bessere und innigere Beziehungen zwischen beiden Ländern bestehen mögen. Es sei kein Grund vorhanden, weshalb sich das nicht erreichen ließe, wenn es auch einige Zeit erforderlich werde. Der Lord sagte, wir alle sind weit entfernt von dem Gedanken, Deutschland seinen Platz an der Sonne vorzunehmen. Mac Arthur betonte, daß kein triftiger Grund zu anderen Differenzen und keine unüberwindlichen Schwierigkeiten vorhanden seien.

Das neue Strafgesetzbuch.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kommission zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches wird in den nächsten Tagen ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Sie hat bisher den allgemeinen Teil des Strafrechts in 81 Sitzungen durchberaten. Es soll die Hoffnung bestehen, mit dem bevorstehenden Teil bis Ostern fertig zu werden.

Erst Pfunds Yoghurt!